

Dels'er Kreisblatt

Das Kreisblatt erscheint Freitags; es kostet
für den Monat bei der Post 0,50 Reichsmark.

Postfachkonten
Kreisrechnungsamt Breslau Nr. 3130,
Kreis-Sparkasse Breslau Nr. 3131



Inserate werden bis Donnerstag mittag in
der Geschäftsstelle angenommen. — Preis für
die fünfgespaltene Petitzeile 15 Reichspfennige,
für außerhalb des Kreises Dels Wohnende
20 Reichspfennige.

Druck und Verlag
H. Ludwigs Buchdruckerei Rothe, Politt & Co.
in Dels.

Nr. 35

Dels, den 2. September 1927

65. Jahrgang

Kreisbewohner, spart bei Eurer Kreisparfasse!

Ämtlicher Teil

Bekanntmachungen des Landrats

K. I. 4565.

Dels, den 31. August 1927.

Befestigung von Amtsvorstehern und Amts- vorsteher-Stellvertretern.

Der Herr Oberpräsident in Breslau hat die Wahl der
Herren:

1. Gutsbesitzer Adolf Grünig in Jentwitz zum Amtsvor-
steher für den Amtsbezirk Gutwohne,
2. Rittergutspächter Robert Schacke in Schiderwitz zum
Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Schiderwitz,
3. Lehrer Sonnabend in Zantoch zum Amtsvorsteher für
den Amtsbezirk Zantoch,
4. Gutsbesitzer August Wabnitz in Jentwitz zum Amtsvor-
steher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Gutwohne,
5. Freistellenbesitzer Hermann Zoll in Vielguth zum Amts-
vorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Vielguth

bestätigt.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

L. I. 2482.

Dels, den 26. August 1927.

Fleischbeschaubezirke Hundsfield und Sacrau.

Nachdem Herr Tierarzt Kleineidam = Hundsfield infolge
Erkrankung nicht mehr in der Lage ist, die Beschau in dem
ihm übertragenen Bezirk wahrzunehmen, wird die gesamte
Fleischbeschau in den Bezirken Hundsfield und Sacrau Herrn
Tierarzt Schüler in Hundsfield übertragen und als Vertreter
Herr Fleischbeschauer Maiwald bestellt.

Bezüglich der Trichinenschau verbleibt es bei der bisherigen
Einteilung.

K. II. 388.

Dels, den 31. August 1927.

Schlachthauserrichtung.

Der Gasthofbesitzer Paul Franzke in Groß-Graben be-
absichtigt auf seinem Grundstück Groß-Graben (Kreis Dels)
Grundbuch Nr. 68 ein Schlachthaus zu errichten.

Gemäß § 17 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich
(R.G.BI. 1900 S. 871 ff.) bringe ich dieses Vorhaben mit dem
Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß Einwendungen inner-
halb 14 Tagen schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll
bei mir anzubringen sind. Nach Ablauf obiger Frist sind Ein-
wendungen nicht mehr zulässig.

Beschreibung, Zeichnung und statische Berechnung der An-
lage liegen in meinem Amtszimmer zur Einsicht offen aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Ein-
wendungen habe ich einen Termin auf

Mittwoch, den 21. September 1927, vormittags 10 Uhr

in meinem Amtszimmer hier selbst anberaunt, wozu ich den
Unternehmer und die Widersprechenden mit dem Bemerkten
hierdurch vorlade, daß im Falle des Ausbleibens gleichwohl
mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

L. I. 3039.

Dels, den 25. August 1927.

Verkehr mit Milch.

Der Provinzial-Milch Ausschuss hat am 1. Juli cr. seine
Tätigkeit aufgenommen. Er ist gemäß Beschluß des Provin-
zialausschusses vom 27. Juni 1927 der Provinzialverwaltung
angegliedert worden.

Den Vorsitz hat Herr Landeshauptmann v. Thaer über-
nommen. Zum Geschäftsführer ist Oberamtmann Hoberg
bestellt worden.

Ich ersuche, den Geschäftsführer in seiner Tätigkeit zu unter-
stützen.

Auslobung von Belohnungen.

RdErl. d. MdJ. u. d. JM. v. 15. 8. 1927

— II D 1080 u. I 4432 —.

Die von den Regierungspräsidenten oder den Gerichtsbe-
hörden für die Aufklärung von Verbrechen ausgesetzten Beloh-
nungen sind nur für die Mitarbeit von Personen aus der Be-
völkerung bestimmt. Beamte, zu deren Berufspflichten die Ver-
folgung von Verbrechen gehört, sind daher bei der Verteilung
ausgelobter Belohnungen nicht zu berücksichtigen. Zur Ver-
meidung von Zweifeln ist hierauf bei jeder öffentlichen Aus-
lobung einer Belohnung besonders hinzuweisen.

Saben Beamte bei der Aufklärung eines Verbrechens eine
über die Erfüllung der geforderten Berufspflichten hinaus-
gehende außerordentliche Tätigkeit entfaltet und sich außerge-
wöhnlichen Anstrengungen unterzogen, so kann ihnen nach An-
hörung der zuständigen Gerichtsbehörde auf Antrag von mir
eine besondere Belohnung bewilligt werden.

I. 39. XXX. Nr. 1519. Breslau, den 3. August 1927.

Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Die Abschlagszahlungen auf die zum Bau von Landarbeiterwohnungen bewilligten Beihilfen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge werden von der Schlesischen Heimstätte, provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaft G.m.b.H., hierselbst, Sternstraße 40, als der Trägerin des Verfahrens nach dem jeweiligen Stande bzw. Fortschritt der Bauarbeiten an die Bauherren zur Zahlung angewiesen, in der Regel auf Grund von Bescheinigungen der Kreisbaumeister und der Amts- und Gemeindevorsteher, da es der Schlesischen Heimstätte bei dem Umfang der geförderten Bauvorhaben nicht immer möglich ist, sich ständig von dem Fortschritt der meist entlegenen Bauten selbst zu überzeugen.

Wiederholte Vorkommnisse zwingen mich zu dem Hinweis, daß es selbstverständlich ist, daß die Bescheinigungen erst nach genauer Besichtigung der Bauarbeiten ihrem Stande entsprechend auszustellen sind und mit den tatsächlichen Verhältnissen genau übereinstimmen müssen. Bei unrichtigen Bescheinigungen machen sich die beteiligten Beamten nicht nur disziplinarisch strafbar, sondern setzen sich und die beteiligten Gemeinden und Verbände Ersatansprüchen für alle Schäden aus, die aus der Zahlung infolge unrichtiger Bescheinigungen entstehen.

Ich ersuche die Beteiligten mit allem Nachdruck hierauf hinzuweisen.

Der Regierungspräsident (Bezirkswohnungskommissar).

In Vertretung:

gez. Müller-Credner.

III. F. Nr. 721/27. Berlin W. 8, den 15. Juli 1927.

Anwendung von Zwangsmitteln bei Widerstandsleistung gegen die Unterbringung von Minderjährigen, über welche Fürsorgeerziehung angeordnet ist.

Die Ausführung der Fürsorgeerziehung ist den Fürsorgeerziehungsbehörden in § 1 des Preuß. Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz als Auftragsangelegenheit übertragen. Sie handeln also in Ausübung obrigkeitlicher Gewalt. Wenn Minderjährige, über die die Fürsorgeerziehung gemäß § 65 und 67 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes angeordnet ist, oder dritte Personen (z. B. Eltern) sich der Ausführung der Fürsorgeerziehung widersetzen, so entsteht die Frage, welche Zwangsbefugnisse die Fürsorgeerziehungsbehörden zur Beseitigung dieses Widerstandes handhaben können. Nach Lage des geltenden Rechts ist diese Frage nicht einheitlich für alle in Betracht kommenden Behörden zu beantworten. Dem Magistrat der Stadt Berlin und dem Landrat des Landkreises Herzogtum Lauenburg steht die Befugnis zu, ihre auf die Unterbringung des Minderjährigen gerichteten Anordnungen mit den ihnen in § 132 des Landesverwaltungsgesetzes verliehenen Zwangsmitteln gegen den Minderjährigen ebenso wie gegen dritte Personen durchzusetzen. Den übrigen Fürsorgeerziehungsbehörden stehen diese Zwangsmittel nicht zur Verfügung. Sie sind aber berechtigt, um die Durchführung ihrer Anordnungen die Ortspolizeibehörden zu ersuchen, die ja nach allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen allen anderen Behörden in der Ausübung obrigkeitlicher Verrichtungen zur Amtshilfe verpflichtet sind. Die Ortspolizeibehörden ihrerseits können bei Erledigung des Ersuchens gegen Personen, die ihnen hierbei Widerstand leisten, wiederum mit den in § 132 des Landesverwaltungsgesetzes vorgesehenen Zwangsmitteln vorgehen, auch ohne daß für die Ortspolizei die besondere Rechtsgrundlage des § 10 II 17 ALR. gegeben ist.

Aber auch die Organe derjenigen Fürsorgeerziehungsbehörden, die zur unmittelbaren Anwendung von Zwangsmitteln berechtigt sind, können sich der Amtshilfe der Ortspolizeibehörden bedienen, wenn es für sie aus besonderen Gründen untunlich ist, selbst zwangsweise vorzugehen.

Da nach § 76 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes strafbar ist, wer einen Minderjährigen, bezügl. dessen das gerichtliche Verfahren auf Unterbringung zur Fürsorgeerziehung eingeleitet oder die Unterbringung zur Fürsorgeerziehung angeordnet ist, dem Verfahren oder der angeordneten Fürsorgeerziehung entzieht, ist ferner die Ortspolizeibehörde berechtigt, gegen solche Personen die Zwangsmittel des § 132 LVG. aus eigenem Rechte, und zwar auf Grund des § 10 II 17 ALR., anzuwenden; denn nach feststehender Rechtsprechung sind polizeiliche Zwangs-

maßnahmen zur Verhinderung strafbarer Handlungen ohne weiteres zulässig.

Abdrücke für die Fürsorgeerziehungsbehörden sind beigelegt.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

W. 6719.

Dessau, den 25. August 1927.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit zur Kenntnis der Ortspolizeibehörden.

I. 30. XVIII. Nr. 1805.

Breslau, den 11. Juli 1927.

Polizeiverordnung betreffend die Körnung von Ziegenböden.

Auf Grund des Gesetzes vom 4. 8. 1922 (GZ. S. 225) über die Regelung des Körwesens und des Pferderennwesens durch Polizeiverordnung, des Gesetzes vom 15. 3. 1927 (GZ. S. 37) zur Abänderung des vorgenannten Gesetzes, der §§ 137, 139 und 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 (GZ. S. 195) und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 (GZ. S. 265) wird unter Aufhebung der Polizeiverordnung betr. die Körnung von Ziegenböden vom 24. 7. 1922 (Reg.-Amtsblatt S. 202) und der Polizeiverordnungen betr. Abänderung der genannten Polizeiverordnung vom 4. 8. 1924 (Reg.-Amtsblatt S. 327) und vom 11. 3. 1925 (Reg.-Amtsblatt S. 100) mit Zustimmung des Bezirksausschusses in Breslau für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau folgendes verordnet:

§ 1.

Die entgeltliche oder unentgeltliche Verwendung eines Ziegenbodens zum Decken fremder Ziegen ist nur dann zulässig, wenn der Ziegenbock nach vorheriger Prüfung (Körnung) zur Zucht für tauglich befunden (angefört) ist.

Diese Vorschrift findet auch Anwendung auf Ziegenböcke, welche von Gemeinden, Verbänden oder Vereinen zur Zucht gehalten werden; sie findet aber bis auf weiteres keine Anwendung auf die in die Herdbücher der unter der ständigen Aufsicht der Landwirtschaftskammer stehenden Züchtervereinigungen (Ziegenbockhaltungs-Gewerkschaften) eingetragenen Ziegenböcke, solange sie in diesen geführt werden. Diese Ziegenböcke sind dem Landrat, in Stadtkreisen der Polizeiverwaltung, zu melden.

§ 2.

Jeder Kreis wird durch den Kreis Ausschuß (Magistrat) in Körbezirke eingeteilt.

§ 3.

Für jeden Körbezirk wird eine Körkommission für Ziegenböcke gebildet, welche aus

1. einem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter,
2. zwei Mitgliedern und deren Stellvertreter, die selbst Ziegenzüchter sind,

besteht. Der Vorsitzende, die beiden Mitglieder und die Stellvertreter werden vom Kreis Ausschuß (Magistrat) auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Ist in einem Kreis ein Tierzuchtinstruktor der Landwirtschaftskammer vorhanden, so muß dieser zum Kommissionsmitglied gewählt werden. Steht einem Kreis kein Tierzuchtinstruktor zur Verfügung, so ist die Landwirtschaftskammer befugt, zu den Körnungen einen Sachverständigen mit beschließender Stimme zu entsenden.

Die Körkommission ist beschlußfähig bei Anwesenheit des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters und wenigstens eines Mitgliedes oder seines Stellvertreters; sie entscheidet nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Entscheidungen sind endgültig.

§ 4.

Die Körnung findet in der Regel jährlich einmal und zwar im August/September statt. Die Körorte werden alljährlich durch den Landrat bzw. Magistrat im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Körkommission festgesetzt. Zeit und Ort der Durchführung werden jedesmal mindestens zwei Wochen vorher durch den Landrat bzw. Magistrat öffentlich bekannt gemacht, der sie auch der Landwirtschaftskammer mitteilt. Die anzuführenden Böcke sind zu dem Termin an dem betreffenden Ort vorzuführen.

§ 5.

Die Anführung erfolgt immer nur bis zur nächsten Hauptkörnung. Die Böcke gelten als abgeführt, wenn sie nicht zur

nächsten Hauptförmung neu vorgeführt werden. Nicht mehr geeignet erscheinende, angeförte Tiere kann die Körkommission jederzeit abfören, insbesondere auch, um Inzucht zu vermeiden. Ungeförte Böcke dürfen neben angeförten, sprungfähigen Böcken nicht gehalten werden.

Die angeförten Ziegenböcke sind sorgfältig zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung muß dauerhaft sein und Verwechslungen und Irrtümer ausschließen. Der Kreisausschuß (Magistrat) bestimmt ihre Art und Weise (vorzugsweise durch Bandohrmarken oder Tätowierung). Eine Kennzeichnung durch Kerben ist unzulässig. Der Standort der angeförten Böcke ist unter Angabe des Besitzers und der Art der Kennzeichnung amtlich bekannt zu machen.

§ 6.

Nur solche Ziegenböcke sollen angefört werden, die mit den Ziegen der Gemeinde blutfremd sind und nach Rassegehörigkeit, Abstammung, Alter und Entwicklung zur Förderung der Zucht geeignet erscheinen. Sie müssen ein Mindestalter von sieben Monaten haben und gut entwickelt sein.

§ 7.

Dem Eigentümer eines tauglich befundenen Bodkes ist von dem Vorsitzenden der Körkommission eine mit Datum und Unterschrift versehene Bescheinigung darüber auszustellen, daß der in der Bescheinigung bezeichnete Bock bis zum nächsten Hauptförmgeschäft zum Decken fremder Ziegen benutzt werden darf.

Ueber die hiernach in dem Bezirk einer Körkommission von Beginn eines Hauptförmgeschäfts bis zum Beginn des nächstjährigen Hauptförmgeschäfts auszustellenden Bescheinigungen ist unter fortlaufenden, mit 1 beginnenden Nummern, von dem Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, eine Liste zu führen. Auf jeder Bescheinigung ist die Nummer, unter welcher sie in dieser Liste verzeichnet ist, zu vermerken.

Die angeförten und abgeförten Böcke sind öffentlich bekannt zu machen.

§ 8.

Ein Austausch der geförten Ziegenböcke zwischen Gemeinden mit gleichen Zuchtzielen ist innerhalb des Regierungsbezirks und innerhalb des Zuchtjahres, für welches der Bock angefört ist, zulässig. Doch muß An- und Abmeldung bei den beteiligten Landräten, in den Stadtkreisen bei der Ortspolizeibehörde, erfolgen, die im Falle von Mißbräuchen befugt sind, Widerspruch zu erheben.

Die von einem Bock gedeckten, fremden Ziegen sind in die für jeden angeförten Bock besonders zu führende Sprungliste einzutragen. Die Einrichtung der Sprungliste wird durch die Ausführungsanweisung bestimmt. Die Eintragung einer Ziege in die Sprungliste ist alsbald nach dem Sprunge, jedenfalls aber vor Ablauf des Tages, an dem die Ziege gedeckt worden ist, zu bewirken. Die wiederholte Deckung einer Ziege ist in Spalte 5 der Sprungliste bei der über die erste Deckung bewirkten Eintragung zu vermerken.

Für die vorschriftsmäßige Führung der Sprungliste ist der Eigentümer und Halter des Bodkes verantwortlich.

Die Sprungliste ist in den ersten 10 Tagen des Kalenderjahres dem Landrat, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, zur Prüfung einzureichen. Der Halter ist verpflichtet, jedem Ziegenbesitzer, der eine Ziege bei ihm hat decken lassen, einen Deckschein auszustellen, dessen Vordrucke von den Landratsämtern gegen Erstattung der Unkosten den einzelnen Gemeinden zugesandt werden. In Stadtkreisen erfolgt die Zusendung durch die Ortspolizeibehörde.

Dem zuständigen Polizeibeamten, der Körkommission und dem notwendigenfalls beauftragten Kreistierarzt ist die Sprungliste und der Deckschein des darin bezeichneten Bodkes auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

§ 9.

Für solche Ziegenböcke, welche erst nach dem Körtermin angeschafft sind, oder welche aus triftigen Gründen dazu nicht vorgeführt werden konnten, kann die einstweilige Erlaubnis zum Decken durch ein vom Landrat (Magistrat) zu bestimmendes Mitglied der Körkommission für die Zeit bis zur nächsten Körung erteilt werden, wenn die Voraussetzungen zur Anförung gegeben sind.

§ 10.

Für die entgeltliche Verwendung eines Ziegenbodkes zum Decken fremder Ziegen muß ein Mindestdeckgeld erhoben werden, dessen Höhe durch Beschluß des Kreisausschusses (Magistrats) für den Kreis (Stadtkreis) oder einzelne Kreisteile nach Anhörung des Verbandes Schlesischer Ziegenzuchtvereine, Sitz Breslau, festzusetzen ist.

Der Beschluß des Kreisausschusses (Magistrats) ist in dem für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Blatt zu veröffentlichen. Ein höheres Deckgeld zu fordern, ist der Bodhalter berechtigt.

§ 11.

Der Bodhalter darf von einem Bock an einem Tage nicht mehr als drei Ziegen decken lassen und muß dem Bock mindestens dreistündige Pausen zwischen den einzelnen Deckakten gewähren.

§ 12.

Das Umherziehen mit Ziegenböcken zum Decken von Ziegen ist untersagt.

§ 13.

Die Kosten der Körung trägt die Kreiskommunalkasse (Stadtkasse), soweit sie nicht durch Gebühren gedeckt werden, die nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen zu erheben sind.

§ 14.

Mit Geldstrafe bis 150 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt, wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Körordnung zuwiderhandelt, insbesondere

- a) wer einen nicht angeförten Ziegenbock zum Decken fremder Ziegen hergibt;
- b) wer einen angeförten Ziegenbock nach Ablauf der Zeit oder außerhalb der örtlichen Grenze, für welche die Anförung erfolgte, zum Decken fremder Ziegen hergibt;
- c) wer eine ihm gehörige Ziege von einem Ziegenbock decken läßt, der hierzu nach den Vorschriften dieser Verordnung nicht verwendet werden darf;
- d) wer einen ungeförten oder abgeförten Ziegenbock so umherlaufen läßt, daß er fremde Ziegen decken kann;
- e) wer offensichtlich Krankheitserscheinungen an dem zur Körung vorgestellten Bock der Körkommission anzuzeigen unterläßt;
- f) wer bei entgeltlicher Hergabe eines Bodkes zum Decken fremder Ziegen weniger als das nach § 10 bestimmte Mindestdeckgeld nimmt oder gibt.

§ 15.

Bodhaltern, welche nach § 14 dieser Körordnung wiederholt bestraft worden sind, kann in den nächsten drei Jahren nach der Bestrafung die Anförung der in ihrem Besitz befindlichen Böcke versagt werden.

§ 16.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt in Kraft.

Der Regierungspräsident.

IV 12434.

Berlin, den 3. August 1927.

Private gewerbliche Unterrichtsanstalten.

Ein Sonderfall gibt mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der gemäß Ziffer 36 des Erlasses vom 1. Mai 1917 — IV 2657 — (SMBI. S. 159) ausgestellte Unterrichtserlaubnischein stets nur einer bestimmten Person die Erlaubnis zur Erteilung von gewerblichem Privatunterricht gibt. Der Unterrichtserlaubnischein berechtigt nicht zur Annahme weiterer Lehrkräfte, auch nicht zur Aushilfe. Alle unterrichtlichen Veranstaltungen, in denen mehrere Lehrpersonen unterrichten, sind ohne Rücksicht auf die Schülerzahl als Privatschulen anzusehen. (Vergl. Erlaß vom 1. Juni 1926 — IV 8809 — SMBI. S. 157 II Abf. 2.)

Der Minister für Handel und Gewerbe.

J. A.: Dr. Kühne.

L. II. 314.

Dessau, den 25. August 1927.

Vorstehenden Erlaß bringe ich hiermit unter Bezug auf meine Verfügung vom 5. April d. J. — Kreisbl. S. 66 — zur Kenntnis und Beachtung.

Der Landrat

Dr. Unkell.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

U l b e r s d o r f, den 28. August 1927.

Auf dem Jagdgelände Nieder-Schönau werden in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1927 Giftbrocken zur Vertilgung von Raubzeug ausgelegt. Vor Aufnahme von Fallwild wird gewarnt.

Der Amtsvorsteher.

C h r i s t o p h.

Z a n t o c h, den 27. August 1927.

Unter dem Schweinebestande des Gutsbesizers Wilhelm Otto in Postelwitz ist Rotlauf ausgebrochen. Geschäftssperre und Desinfektion sind angeordnet.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.

S o n n a b e n d.

Z a n t o c h, den 30. August 1927.

Der Rotlauf unter dem Schweinebestande des Gutsbesizers Wilhelm Otto in Postelwitz ist erloschen.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.

S o n n a b e n d.

M i t t e l g u t h, den 26. August 1927.

Unter dem Schweinebestande des Gutsbesizers Gustav Greger in Heidane ist Rotlauf ausgebrochen. Sperrmaßnahmen sind angeordnet.

Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.

K a l u p k e.

R i e t e r n, den 30. August 1927.

Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Rietern bei Breslau.

(Öffentlicher Wetterdienst für Schlesien.)

Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.

Nach vielfach föhniger Aufheiterung und warmer Witterung kam es Mitte vergangener Woche (21. bis 27.) zu einem Einbruch polarer Luftmassen. Nach Mitte der Woche gingen verbreitete Landregen nieder, die in Schlesien im allgemeinen 10 bis 30 l/qm, in Mitteldeutschland bis zu 100 l/qm Niederschlag ergaben. Zu Beginn der neuen Woche hat ein für die Jahreszeit ungewöhnlich kräftiger Sturmwind Island erreicht, während sich Deutschland im Bereiche absinkender Kaltluftmassen befindet und aufheiterndes, trockenes Wetter eingetreten ist. Die begonnene Schönwetterperiode dürfte auch in der kommenden Woche anhalten und nur vorübergehend durch Störungen von Süden oder Norden her unterbrochen werden. Bei zunehmender Erwärmung können wir auch noch mit Gewittern rechnen.

Rothe & Löffel

Georgenstr. 4/5 Oels i. Schl. Fernsprecher 58

Sei in jeder Beziehung die in
Betracht kommende

**Druckerei für den
gesamten Drucksachenbedarf**

Insbesondere wollen Vereine
vor Bestellung von Drucksachen
Offerten einholen. Muster und
Vertreterbesuch bereitwilligst

**Billigste Preisberechnung für
Vereins-Drucksachen**

Merz-Schreibmaschinen

Standard-Modell für Jedermann.
Vollwertige Maschine für Büro, Privat und Reise.
Unerreicht in Leistung, Qualität und Preis.
Bezirks-Verkäufer erzielen hohen
Verdienst, großen Umsatz.
Kleine Ratenzahlung. Kein Delkredere.
Merz-Werke, Frankfurt a. M.-R.

Eisu-Metall-Betten

Stahlmatratzen, Kinderbetten
günstig an Private. Kat. frei.
Eisenmöbelfabr. Suht (Chür.)

Keine grauen Haare!

! Kein Färben !

Man bevorzuge zur

Haarpflege!

Haarfarbe-
Wiederhersteller

„Haar wie Neu“

Zuverlässiger Erfolg.

Aldler-Apothete, Ring.

Bekanntmachungen

verschiedener Art

wie:

Stellengesuche
Kapitalangebote
Kapitalgesuche
Gelegenheitskäufe
Grundstücksverkäufe
Geschäftsempfehlungen
Holzverkäufe
Familienanzeigen
überhaupt Anzeigen jeder
Art finden **weiteste Ver-
breitung** und haben stets
besten Erfolg durch die

Deller Zeitung

„Locomotive an der Oder“

„Brillendoctor“

Das genügt, um eine passende Brille zu erhalten
Optiker Garai, Breslau, Albrechtstraße 4.